

## Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



## Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, September 2011

23. September 2011

### Europäische

#### Wirtschaftsregierung

Sechs Berichte (Ferreira, Haglund, Ford, Wortmann-Kool, Feio, Goulard)

Abstimmung am Mittwoch, 28. September

#### Sven Giegold, MdEP

Büro +33 3 881 75369

**Hintergrund:** Europaparlament und Rat haben sich beim Paket zur besseren Koordination von Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa auf einen Kompromiss geeinigt.

**Grüne Position:** Die Grünen unterstützen eine ehrgeizige europäische wirtschaftliche Steuerung, die Solidarität und Verantwortung gemeinsam verfolgt. Das ist bei den Berichten zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten (Ferreira, Haglund) gelungen. Es ist zu begrüßen, dass sowohl Mitgliedsländer mit Überschüssen wie Deutschland als auch defizitäre Staaten zum Abbau der volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte beitragen müssen und bei Nichthandeln sanktioniert werden können. Auch die Transparenz der mitgliedstaatlichen Haushaltsdaten wird verbessert (Ford-Bericht).

Die Grünen sind für einen effektiven Stabilitäts- und Wachstumspakt und Schuldenabbau. Die drei Berichte zur Reform des Paktes (Wortmann-Kool, Feio und Goulard) verschärfen richtigerweise die Haushaltsdisziplin der EU-Länder. Sie sind jedoch auf der staatlichen Einnahmeseite blind und beim Schuldenabbau setzen sie einseitig auf Ausgabenkürzungen. So werden die Lasten der Haushaltskonsolidierung vor allem auf den Schultern der Mittelschicht, Geringverdiener und Armen abgeladen. Die Grüne Alternative: Die EU 2020-Ziele mit ihren Schwerpunkten Armutsbekämpfung, Klimaschutz und Bildung genauso verbindlich machen, wie die Vorgaben an die Mitgliedsstaaten zur Senkung ihrer Schulden.

### Güter mit doppeltem

#### Verwendungszweck

Bericht Jörg Leichtfried (Österreich, S&D)

*"Kontrolle der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck"*

Initiativbericht

Abstimmung am Dienstag, 27. September

#### Reinhard Bütikofer MdEP

Büro +33 3 881 75816

**Hintergrund:** 2000 hat die EU die erste und bislang einzige EU-Exportlizenz eingeführt, die den Export von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck in die USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, die Schweiz und Norwegen regelt. Güter mit doppeltem Verwendungszweck ("Dual-Use") sind solche, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können. 2008 hat die EU-Kommission sechs weitere EU-Exportlizenzen mit unterschiedlichen Zielländern für Dual-Use-Güter vorgeschlagen. Das Mitentscheidungsverfahren soll jetzt mit einer Einigung in erster Lesung beendet werden.

**Grüne Position:** Die Grünen haben sich sowohl im Auswärtigen Ausschuss (Bütikofer-Bericht) als auch danach im federführenden Handelsausschuss mit ihrer strikten Forderung nach der Einführung einer Vorabkontrolle (Ex-Ante) der Güter zunächst durchsetzen können. Auf Grüne Initiative wurde zudem für die EU-Lizenz zu Telekommunikationsprodukten (Überwachungssoftware und Ausrüstung) eine Menschenrechts- und Demokratieklausele eingeführt. S&D sowie ALDE teilen diese Positionen, die Kommission war dagegen, der Rat gespalten. Die EVP brachte die vorläufigen Änderungen am Kommissionsvorschlag ins Plenum und konnte

## Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



die Vorabkontrolle mit Hilfe der FDP kippen, die die Linie ihrer Fraktion (ALDE) in letzter Minute verließen. 15 Stimmen machten den Unterschied. Danach war die Position des Parlaments zahnlos, was sicherheits- und friedenspolitische Grundsätze angeht. Die Verhandlungen mit Rat und Kommission konnten schnell abgeschlossen werden. Die Grünen werden nun im Plenum gegen die neue Verordnung stimmen, weil sie nicht zur Erhöhung der Standards für den Export von sensiblen Waren führt. Dies jedoch wäre gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Geschichte europäischer Exporte in die arabische Welt vonnöten.

### Europäische Straßensicherheit

Bericht Dieter-Lebrecht Koch  
(EVP, Deutschland)

Initiativbericht

*"Europäische  
Straßenverkehrssicherheit"*

Debatte am Montag, 26.

September

Abstimmung am Dienstag, 27.

September

**Michael Cramer MdEP**

Büro +33 3 881 75779

**Hintergrund:** Jährlich 35 000 Todesfälle auf den Straßen der EU sind inakzeptabel - darüber war sich der Verkehrsausschuss einig. Doch anstatt im Bericht zur Straßenverkehrssicherheit 2011-2020 bei der Bekämpfung der häufigsten Unfallursache - überhöhter Geschwindigkeit - anzusetzen, wollte der Berichterstatter Dieter-Lebrecht Koch von den deutschen Christdemokraten ausgerechnet die Opfer zu Tätern machen, indem er Fahrradfahrer EU-weit zum Tragen von Warnwesten verpflichten wollte.

**Grüne Position:** Dieser Irrsinn konnte verhindert und stattdessen auf Grüne Initiative hin eine Empfehlung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Wohngebieten verankert werden. Dabei sollen die Gemeinden selbst entscheiden, auf welchen Straßen Tempo 50 angemessen ist. Nun muss das Plenum dieser sinnvollen Neuausrichtung noch zustimmen.

### Internationales Gipfel- treffen Rio+20

Aussprache mit der Kommission

Debatte am Mittwoch, 28.

September

**Rebecca Harms, MdEP**

Büro +33 3 881 75695

**Hintergrund:** 20 Jahre nach dem Beschluss der UN-Nachhaltigkeitsagenda in Rio sind die Erfolge auf den Gebieten Klimawandel, Schutz der Artenvielfalt oder der Kampf gegen die Wüstenbildung sehr überschaubar geblieben. Das Europäische Parlament wird für die "Rio+20" genannte Nachfolgekonzferenz im kommenden Jahr nun seine Vorschläge präsentieren.

**Grüne Position:** Die Grünen sind überzeugt, dass globale Herausforderungen wie der Kampf gegen den Klimawandel und für den Erhalt der Artenvielfalt auch global angegangen werden sollten. Darum sollte der UN-Prozess gestärkt und die Beteiligungsmöglichkeiten für die BürgerInnen darin ausgebaut werden. Voraussetzung für den Erfolg ist die Umstellung hin zu einer Grüneren Wirtschaft. Dazu gehören der Abbau aller umweltschädlichen Subventionen bis 2020 sowie der Atomausstieg und auch konkrete, gemeinsame Ziele und Verpflichtungen, beispielsweise für den Ausbau erneuerbarer Energien und bessere Maßnahmen zur Energieeffizienz. Ebenso müssen Meere besser geschützt und Ölförderungen in ökologisch sensiblen Gebieten wie der Arktis verboten werden. Dies muss Teil des Rio+20-Abkommen werden.

## Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

[www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de)



### Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung

Berichte Barbara Matera (EVP, Italien) und Pervenche Berès (S&D, Frankreich)

*"Inanspruchnahme des EGF:  
Antrag EGF/2011/003  
DE/Arnsberg und Düsseldorf -  
Automobilindustrie,  
Deutschland"*

sowie

*"Änderung der Verordnung (EG)  
Nr. 1927/2006 zur Einrichtung  
des Europäischen Fonds für die  
Anpassung an die  
Globalisierung"*

Abstimmung am Mittwoch, 28.  
September

Debatte und Abstimmung am  
Donnerstag, 29. September

**Elisabeth Schroedter, MdEP**  
+33 3 881 75234

**Hintergrund:** Das EU-Parlament stimmt über den Antrag Deutschlands ab, 778 entlassene ArbeitnehmerInnen der Autozulieferindustrie in Düsseldorf und Arnsberg mit 4,3 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) zu unterstützen. Der EGF wurde 2006 für Arbeitnehmer eingerichtet, die aufgrund von globalem Wettbewerbsdruck und später auch der Wirtschafts- und Finanzkrise entlassen wurden. Außerdem wird eine Resolution zur Zukunft des EGF nach 2013 abgestimmt.

**Grüne Position:** Die Grünen unterstützen den Antrag Deutschlands, die entlassenen Arbeitnehmer zu unterstützen, und begrüßen, dass die Maßnahmen im sozialen Dialog ausgehandelt wurden. Klar ist aber auch, dass damit erneut die traditionelle Autoindustrie gestützt wird, anstatt aktiv in die nachhaltige Transformation hin zu einer Grüneren Wirtschaft zu investieren. Die Grünen sehen auch kritisch, dass eine Summe von 2.395 Euro für 150 Arbeiter vorgesehen ist, die neue Verträge unter ihrem vorigen Lohnniveau akzeptieren. Der Fonds sollte nicht zu langfristigen Lohnabsenkungen beitragen.

Die Grünen lehnen die Resolution zur Zukunft des EGF in ihrer jetzigen Form ab - aufgrund der Forderung, den EGF als Einzelförderinstrument unverändert beizubehalten. Der EGF sollte aber langfristig in die Strukturfonds integriert werden, um in eine antizipierende Transformationspolitik zu investieren, die Arbeitnehmern die Möglichkeit gibt, neue Fähigkeiten für zukunftsfähige, beispielsweise Grüne Jobs zu erlangen.

Mit den besten Grüßen

### Helmut Weixler

Pressesprecher

Fraktion Die Grünen/EFA

Mobil: +32 475-67 13 40

E-Mail: [Helmut.Weixler@europarl.europa.eu](mailto:Helmut.Weixler@europarl.europa.eu)

### Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Europagruppe GRÜNE

Mobil: +32 495 40 23 28

E-Mail: [paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu](mailto:paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu)